

ZIVILKLAUSEL

„Mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen“

Eine Zivilklausel an Hochschulen soll verhindern, dass für militärische Zwecke geforscht und gelehrt wird. Die Zahl der Hochschulen, die sich auf Druck der Studierenden dazu bekennen, steigt. Dietrich Schulze, der seit Jahren gegen Militärforschung an Universitäten kämpft, sieht im Gespräch mit der b&w positive Entwicklungen und wünscht sich von den Gewerkschaften mehr Engagement.

An den Hochschulen gilt die Forschungsfreiheit. Bedeutet es, dass über alles geforscht werden darf?

Mit diesem Argument wird die stetig zunehmende Militarisierung der Bildung gerechtfertigt. Hochschulangehörigen und deren Gremien steht es frei, per Beschluss auf bestimmte Forschung, z. B für gentechnische oder militärische Zwecke, zu verzichten. Selbst eine landesgesetzliche Zivilklausel widerspricht der Verfassung keineswegs. Das hat der anerkannte Verfassungsrechtler Prof. Erhard Denninger bereits vor viereinhalb Jahren festgestellt. Er erinnert an die „Friedensfinalität“ des Grundgesetzes, das festlegt, dass „von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“. Die Zivilklausel bedeutet, dass nur für friedliche und zivile, also nicht-militärische Zwecke geforscht und gelehrt wird, d.h. auch, dass Drittmittelkooperationen mit Rüstungsindustrie und Bundeswehr nicht erlaubt sind. Damit wird, wie Denninger und jüngst Juristen für die TU Darmstadt und die Universität Kassel nachgewiesen haben, die Freiheit der einzelnen Wissenschaftler/innen tatsächlich eingeschränkt, aber eben nicht unzulässig.

Was hältst du von Zivilklauseln an Schulen, wie sie Ben Geier von der Berliner Schüler/innenvertretung fordert?

Das ist zunächst einmal Ausdruck der Popularität des Begriffs „Zivilklausel“. Vor vier Jahren war der Begriff im Internet noch beinahe unbekannt. Gemeint ist zweifellos die Selbstverpflichtung „Schule ohne Bundeswehr“. Diese Selbstverpflichtung kann, muss aber für die Schulen nicht so genannt

werden. Entscheidend ist die Vernetzung der Aktivitäten im gesamten Bildungsbereich. Dafür haben Lena Sachs aus Freiburg und Roland Blach aus Stuttgart mit der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ Bahnbrechendes geleistet. Am 9. November wird es in Karlsruhe eine bundesweite Tagung „Lernen für den Frieden“ geben, in der die Gemeinsamkeiten zur Sprache kommen, insbesondere die von Grün-Rot versprochene Kündigung der Kooperationsvereinbarung Schule-Bundeswehr. Dort wird auch für die Unterschriftenkampagne für militärfreie Schulen und Hochschulen auf www.lernenfuerdenfrieden.de geworben.

Wie kann verhindert werden, dass die Zivilklausel zu Kriegszwecken uminterpretiert wird?

Die Zivilklausel lebt von Wachsamkeit, Information der Öffentlichkeit und nicht nachlassender Zivilcourage. Die größte Beunruhigung für die gegenwärtig vorherrschende Kriegspolitik ist die kreative Unruhe an den Hochschulen, das Hinterfragen der Zwecke im Sinne einer Verantwortung der Wissenschaften. In Baden-Württemberg haben übrigens im Juni die Hochschul-Jugendorganisationen der beiden Regierungsparteien (CampusGrüne und Juso-Hochschulgruppe) eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der an das Wahlversprechen erinnert und eine gesetzliche Zivilklausel gefordert wird. Aufgrund der bundesweit ersten Zivilklausel-Urabstimmung von Studierenden im Januar 2009 an der Uni Karlsruhe hatten die damaligen Oppositionsfraktionen die Zivilklausel für das KIT-Gesetz bean-

tragt. Winfried Kretschmann, Theresia Bauer und Nils Schmid haben das kurz vor der Wahl mit ihrer Unterschrift bekräftigt. Und die in der Versenkung verschwundene Konstanzer Zivilklausel von 1991 ist aufgrund der Karlsruher Aktivitäten mit Unterstützung durch GEW-Kollege Lothar Letsche und andere ausgegraben worden. Auch in Konstanz ist der Arbeitskreis Zivilklausel und der AStA aktiv.

Was glaubst du, würde passieren, wenn alle Universitäten Zivilklauseln hätten?

Die Sicherheit der Bundesrepublik wäre nicht gefährdet, die Ausrüstung der Bundeswehr oder gar deren Existenz

Hochschulen mit Zivilklauseln

Inzwischen gibt es 14 Hochschulen mit Zivilklauseln, davon neun seit Beginn der Auseinandersetzungen vor fünf Jahren in Karlsruhe. Allein in diesem Jahr haben drei Unis die Zivilklausel eingeführt, nämlich Münster, Göttingen und Frankfurt a.M. Davor verpflichteten sich die TU Darmstadt, die Hochschule Bremerhaven, die Uni Rostock, die TU Ilmenau und die Uni Tübingen dafür. Bereits seit 1986 hat die Uni Bremen eine Zivilklausel und 1991 kamen Zivilklauseln an der Uni Konstanz und den TUs Berlin und Dortmund sowie 2007 an der Uni Oldenburg dazu.



Dietrich Schulze

ebenso wenig. Prof. Ernst Schmachtenberg, Präsident der RWTH Aachen und des Zweckbündnisses TU9, der großen technikorientierten Hochschulen, hat in den VDI-Nachrichten erklärt: „Wir Deutschen haben mit Rüstungsforschung eine Menge Unheil angerichtet. Ich halte diesen Weg für eine offene Universität in Deutschland für ungeeignet. Wenn Rüstungsforschung politisch gewollt ist, soll sie an eigens dafür eingerichteten Forschungsinstituten etabliert werden, nicht bei uns.“ Er handelt in der Praxis zwar gegen seinen eigenen Grundsatz, der ist aber deswegen nicht fragwürdig. Wenn alle Universitäten Zivilklauseln und eine ausreichende Grundfinanzierung hätten, ginge von deutschem Boden mehr Frieden aus, so wie es die Verfassungsgründer/innen und die komplette Nachkriegsöffentlichkeit verstanden hatten, bevor der Kalte Krieg eingeleitet wurde.

Wo wird deiner Meinung nach die nächste Zivilklausel eingeführt?

Zwei heiße Favoriten sind für mich die Unis Freiburg und Kassel. Der Senat der Uni Freiburg hat im November 2012 eine Zusage abgegeben, im Sommersemester 2013 eine Zivilklausel zu beschließen. Die Studierenden der Uni Kassel haben sich in einer Urabstimmung im Januar (die fünfte erfolgreiche nach Karlsruhe, Köln, FU Berlin und Frankfurt a.M.) mit 72 Prozent für die Aufnahme einer Zivilklausel in die Grundordnung der Hochschule ausgesprochen. In der neuen Präambel heißt es: „Forschung, Lehre und Studium an der Universität Kassel dienen ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken. Unter Berücksichtigung der Frage, ob zivile Zwecke verfolgt werden, sind alle Drittmittel in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen, Zielsetzung und Fragestellung vor Beginn des Projekts öffentlich bekanntzugeben.“ Die

Uni-Leitung taktiert. Eine beantragte Senatsentscheidung ist vorerst vertagt worden.

Welche Erwartungen hast du an die Gewerkschaften?

Eine ganz einfache, nämlich dass die Gewerkschaftstags- bzw. Bundeskongress-Beschlüsse der beiden für die Hochschulen zuständigen Gewerkschaften (GEW und Verdi) nicht nur auf dem Papier stehen bleiben. Beide Beschlüsse und weitere ähnliche sind an Eindeutigkeit, Klarheit und Handlungsorientierung nur schwer zu übertreffen. Das Engagement der Kolleg/innen vor Ort für die Umsetzung der Beschlüsse ist davon meilenweit entfernt. Es gibt mehrere vorzeigbare Beispiele für die erfolgreiche Zusammenarbeit von Studierenden, Beschäftigten, Gewerkschaften und Friedensgruppen vor Ort, aber auch Rückschläge. Das hängt nicht zuletzt mit massiven arbeitsrechtlichen Problemen (Stichwort Zeitverträge) und einem verschulden Studium (Stichwort Bologna-Reform) zusammen.

Und dennoch wächst die Zivilklauselbewegung. Es hat sich eine bundesweite Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ gebildet, in der GEW- und Verdi-Kolleg/innen mitarbeiten. Es gab zwei bundesweite Kongresse in Braunschweig 2011 und in Karlsruhe 2012. In Baden-Württemberg gab es eine erste landesweite von der Deutschen Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner/innen (DFG-VK) getragene Vernetzung, die aber ausbaubedürftig ist. Vielleicht kann hier die junge GEW eine aktive Rolle übernehmen. Im Rahmen einer Tagung vor kurzem in München ist die Initiative für eine Zivilklauselvernetzung in Bayern entstanden, die auf der kontinuierlichen Arbeit des Münchener Verdi-Fachbereichs und der Initiative „Friedliche Uni Augsburg“ beruht. In München lebt der

ver.di-Gewerkschafter, Holocaust-Überlebende, antifaschistische Widerstandskämpfer und Antimilitarist Martin Löwenberg. Sein ein Leben lang praktizierter Leitsatz „Mit den Waffen des Geistes - Gegen den Geist der Waffen“ sollte das Grundanliegen des gesamten Bildungsbereichs werden.

Kann die Zivilklauselbewegung an den Hochschulen die Friedensbewegung attraktiver machen?

Die Autorin der Zeitschrift „Freitag“, Nina Marie Bust-Bartels, verglich in ihrem Beitrag „Krieg auf dem Campus“ am 15. Juli die historische Friedensbewegung, die Hunderttausende auf die Beine gebracht hatte, mit der heutigen und stellte aufgrund der Zivilklauselbewegung die Frage: „Erfährt die Friedensbewegung eine Belebung?“. Ihre Antwort: „Ich denke, das ist nicht der einzige Belebungsfaktor, aber ein außerordentlich attraktiver.“

Das Interview führte Cendrese Sadiku
GEW-Referentin für junge GEW

Info

Dr. Dietrich Schulze (Jg. 1940) war ab 1966 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungszentrum Karlsruhe. 2008 hat er die »Initiative gegen Militärforschung an Universitäten« mit gegründet und pflegt deren Web-Dokumentation www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf. Er arbeitet in der Initiative »Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel« mit und ist im Beirat der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative »Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit«.